

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Oktober 2002



Preissteuerung und Solidarität

Was Menschen dringend benötigen, das darf nicht dem Markt und seiner Preisbildung überlassen bleiben. Das ist das Dogma der Sozialpolitiker. Die Wirklichkeit des Lebens sagt etwas anderes. Auf Essen und Trinken kann der Mensch nur wenige Stunden verzichten. Nahrungsmittel und Getränke besorgen sich die Menschen aber ganz selbstverständlich über den Markt. Dringender Bedarf also kann es nicht sein, der die Trennungslinie zwischen dem Markt und dem Sozialen bestimmt.

Was die Sozialpolitiker meinen, ist: Wenn sich Menschen dringend Benötigtes nicht zu Marktpreisen beschaffen können, dann gebietet es die Solidarität, ihnen behilflich zu sein. Der durch einen Unfall Schwerverletzte wird im Krankenhaus versorgt, ohne ihm an der Eingangspforte die Police einer Krankenversicherung aufzunütigen. Wer nicht für seinen Unterhalt arbeiten kann, der bekommt Sozialhilfe.

Es geht in der Sozialpolitik also nicht um die Alternative „Markt oder kostenlose Zuteilung“. Es geht um ein vernünftiges Verhältnis von Preissteuerung und Solidarität. Die Preissteuerung sorgt dafür, dass der Knappheit Respekt gezollt wird, dass Pflege und Medikamente oder die Geldmittel der Sozialhilfe so eingesetzt werden, dass alle Bedürftigen etwas bekommen, ohne die finanzielle Umverteilung ins Uferlose zu treiben. Die Solidarität sorgt dafür, dass es nicht an Einkommen und Vermögen hängt, ob jemand ein lebensrettendes Medikament bekommt oder nicht.

Doch das Verhältnis von Marktpreisbildung und Solidarität ist gestört. Darin liegt der Schlüssel zum Verständnis der Debatten um die Reform der Sozialsysteme, vor allem der Gesetzlichen Krankenversicherung. Die Menschen spüren, dass es nicht weiter gehen kann wie bisher. Steigende Sozialabgaben gefährden zunehmend die Beschäftigung derer, die für ihre eigene und die solidarische Vorsorge anderer aufkommen müssen. Die Sozialkassen reagieren mit Rationierung: Deckel drauf, wo früher reichlich zugeteilt wurde.

Solidarität erhalten und sie durch mehr Preissteuerung zukunftssicher machen, das sollte Grundtenor einer Reform sein, die die Steuerungsleistung von Marktpreisen mit den Verteilungsanforderungen der Solidarität verbindet. Über die Arbeitsteilung der Instrumente sollte unter Anhängern der Sozialen Marktwirtschaft kein Zweifel sein: unverfälschte Marktpreise sorgen für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage, Einkommenstransfers stiften die Solidarität.

Hans D. Barbier

Zunehmende Qualitätsmängel

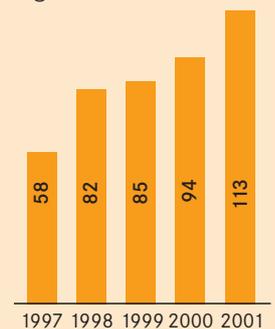
Erhards Soziale Marktwirtschaft sieht den Verbraucher im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens. Qualität und Preis sollen über Erfolg oder Misserfolg eines Produktes entscheiden. Besonders die Produktqualität lässt aber häufiger zu wünschen übrig, zum Beispiel in der Automobilbranche: Die vom Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) registrierten Rückrufe haben sich in den vergangenen Jahren verdoppelt.

Im Schnitt erfolgen zwei Rückrufe pro Woche. Obwohl jedes neue Automodell ausgiebig getestet wird, treten nach der Markteinführung Mängel auf: defekte Bremskraftverstärker, undichte Tanks, unvermittelt auslösende Airbags.

Der ADAC sieht in der wachsenden Zahl elektronischer Bauteile den Hauptgrund für die Zunahme der Rückrufe. Die Gefahr defekter Sensoren habe sich dadurch vervielfacht. Andere Ursachen sind: In immer kürzeren Abständen kommen neue Modelle auf den Markt, die Baureihen sind nicht ausgereift. Auch der Verdrängungskampf hat das Rückrufrisiko erhöht. Die Autokonzerne fordern von ihren Zulieferern ständig niedrigere Preise. Darunter leiden in manchen Fällen dann Sorgfalt, Qualität und Verfügbarkeit der Bauteile.

Zurück zur Werkstatt

registrierte Rückrufe



Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

www.adac.de/ihr_adac/motorwelt/
www.kba.de/Abt3_neu/Statistiken1.htm

Intervention statt Ordnungspolitik

Auf Marktveränderungen zu reagieren ist Aufgabe der Wirtschaft, nicht Aufgabe der Politik. Wenn einzelne Unternehmer oder Branchen Entwicklungen verschlafen oder Anpassungen versäumen, müssen sie die Folgen tragen. Bundeskanzler Gerhard Schröder sieht das von Fall zu Fall wohl ein wenig anders. Mitte September hat er sich zu einer Soforthilfe für Mobilcom entschlossen. 400 Millionen € Hilfe von der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Landesbank Schleswig-Holstein sollten 5 000 Arbeitsplätze retten. Gelungen ist das nicht. Sanierungspläne von Ende September sehen einen Stellenabbau von 2 100 Arbeitsplätzen ▶

vor. Man hätte erwarten sollen, dass der Bundeskanzler bei seinen teuren Hilfsaktionen vorsichtiger ist: Beim Baukonzern Holzmann sollten im November 1999 rund 28 000 Arbeitsplätze für 125 Millionen € erhalten werden. Inzwischen ist Holzmann am Ende.

Dieses Jahr werden schätzungsweise 40 000 Unternehmen Pleite machen. Die wenigsten werden Hilfe vom Staat bekommen, und bislang wurde anderen Unternehmen aus dem Bereich der Telekommunikation – Stichworte: Telekom AG, QUAM – mit milliarden schweren Schulden nicht geholfen. Mobilcom ist ein Beleg für willkürlichen und punktuellen industriepolitischen Interventionismus.

Laufend neue Subventionen

Was Subventionen angeht, sind auch die europäischen Institutionen immer für Überraschungen gut. Die Zahl der Imker schrumpfte, warnten zum Jahreswechsel 2001/2002 einige Abgeordnete des Europaparlaments. Bienen seien unverzichtbar, um eine EU-weite, flächendeckende Bestäubung zu sichern. Zur Rettung hatten die EU-Parlamentarier eine höhere Bestäubungsprämie vorgeschlagen. Die Subvention sollte von derzeit jährlich 16,5 Millionen € auf 65 Millionen € aufgestockt werden. Jetzt müssen nur noch die Zigtausend Bienenvölker gezählt werden, und schon rollt der Euro – vielleicht. Die EU-Kommission hat den Vorschlag abgelehnt. Das letzte Wort dazu haben aber die EU-Agrarminister.

www.das-parlament.de/52_53/Europa
www.sh-nordsee.de/service/markttipps

Das Soziale der Sozialen Marktwirtschaft

Was das Konzept einer „Marktwirtschaft“ für die Produktionssteuerung bedeutet, ist zumindest ihren Verfechtern leidlich klar. Man weiß, welches Verfahren der Steuerung damit gemeint ist, eben das durch den Endverbraucher und das freie Spiel der Kräfte, das freie Spiel der Preise. Wie aber steht es mit dem Konzept des „Sozialen“, wenn wir von Sozialer Marktwirtschaft reden? Hier besteht im Grunde seit langem ein Defekt – um es modisch auszudrücken: ein „Programmdefizit“.

Das Defizit war in der ersten stürmischen Wiederaufbauzeit des Wirtschaftswunders vor lauter angenehmer Überraschung über das materiell Erreichte nicht spürbar geworden. Es blieb in der darauf folgenden Epoche eifriger Reformitis vor lauter Traumseligkeit unbeachtet. Erst jetzt, wo es gilt, den erreichten sehr hohen Wohlstand zu sichern, und wo uns mancherlei Sorge dazu zwingt, all das in den Aufschwüngen Ange wachsene ganz nüchtern zu überprüfen, tritt dieses Defizit immer deutlicher zutage.

Das Programmdefizit lässt sich wie folgt charakterisieren: Es ist selbst dreißig Jahre nach dem Start in eine Soziale Marktwirtschaft den zur Lösung sozialer Probleme Engagierten immer noch viel zu wenig bewusst, welche Verfahren man anzuwenden hat, wenn man in einer freiheitlichen Wirtschaft sicherstellen will, dass das sozial Erstrebt auch tatsächlich erreicht wird.

Anders ausgedrückt: Im Katechismus der Sozialen Marktwirtschaft ist das erste Hauptstück „Marktwirtschaft“ leidlich übersichtlich, gut lern- und anwendbar artikuliert. Im zweiten Hauptstück „Sozial“ aber, in der Lehre, wie man Sozialem in der Marktwirtschaft Rechnung zu tragen hat, fehlt es

an ähnlich prägnanter Artikulation.

Präzise Bestimmung des Sozialen

Es ist höchste Zeit, dem abzuhelfen. Es ist höchste Zeit, für jeden deutlich herauszustellen, wie die besonderen Aufgaben des sozialen Ausgleichs in unsere Marktwirtschaft systematisch bündig einzubauen sind. Mit der Formel des Subsidiaritätsprinzips „soviel Privatinitiative wie möglich, soviel Staat wie nötig“ ist es nicht getan. Wir brauchen eine präzisere Bestimmung der tauglichen Verfahren.

Die geschilderte Unsicherheit im Konzeptionellen spiegelt sich in der faktischen Entwicklung. Die große Reform unserer Wirtschaftsordnung zu einem in sich kompatiblen System der Sozialen Marktwirtschaft ist erst im Bereich der Produktionsorganisation leidlich vollzogen. Im Bereich des Sozialen aber herrscht eine beträchtliche Unübersichtlichkeit der Instrumente und Effekte.

Wir begegnen an Instrumenten erstens der Figur von Sonderpreisen für Bedürftige, das heißt, Verbilligungen auf der einen Seite oder Aufschläge auf den Lohn auf der anderen Seite. Wir begegnen zweitens – von Krankenhäusern und Altersheimen über

Schwimmbäder bis zum Sozialwohnungsbau und der Industrieansiedlung in schwächeren Gebieten – der Figur der hohen Direktzuschüsse an Produzenten, an Rechts-träger, die sozial besonders Benötigtes produzieren, ohne dass die Effizienz dieses Mitteleinsatzes im Hinblick auf den beabsichtigten sozialen Zweck auch nur einigermaßen gesichert wäre. Außerdem werden da unter den verschiedensten Namen allenthalben Steuern und andere Geldabgaben gezahlt, Beihilfen und andere Geldleistungen der verschiedensten Art von Bedürftigen bezogen; es besteht also ein reichgegliederter Apparat des gezielten interpersonellen Finanzausgleichs.

Besorgniserregende Unübersichtlichkeit

Zusammengefasst: Sonderpreise hier, Produzentensubventionen dort, und außerdem gleich mehrere Systeme des interpersonellen Finanzausgleichs – die Unübersichtlichkeit hat besorgniserregende Grade erreicht.

Und der Effekt? Lange Zeit pries man Marktwirtschaft als das System, das den Unternehmer prämiert, der die Bedarfe der Verbraucher am besten vorausschätzen vermochte, der seinen Betrieb am sparsamsten zu organisie-



Regierungsspitze

„Die Dummheit von Regierungen sollte niemals unterschätzt werden.“

Helmut Schmidt

ren und die jeweils zukunftssträchtesten Verfahren aufzuspüren vermochte. Man pries Marktwirtschaft als das System, das den Arbeiter und Angestellten prämiert, der sich am tüchtigsten auch neuen technologischen Herausforderungen gewachsen zeigt.

Inzwischen droht wegen der Unübersichtlichkeit dieser diversen Sozialmaßnahmen aus dieser Marktwirtschaft ein System zu werden, das dem die höchsten Prämien zuschanzt, der sich am fleißigsten durch den Dschungel sozial wohlgeheimer Sondergesetze durcharbeitet und sie am raffiniertesten auszunutzen versteht. Kurz, es droht die Gefahr: Am höchsten prämiert wird am Ende nicht mehr der tüchtige Pionier, sondern der findigste und skrupelloseste Schnorrer.

Schluss mit dem Wettlauf findiger Schnorrer

Was wäre denn das Systemkonforme? Oder anders ausgedrückt: Schluss mit dem Wettlauf zwischen den findigen Schnorrern auf der einen und den notorisch nachhinkenden Paragraphen-Produzenten auf der anderen Seite. Die Zeit ist wahrlich reif für entschlossene Schritte zur umsichtig systemverbessernden Fundamental-Korrektur. Wir brauchen eine absolut klare Funktionsteilung zwischen den Aufgaben des Systems der Preise und den Aufgaben des interpersonellen Finanzausgleichs.

Das Preissystem hat in dieser Konzeption ausschließlich die Aufgabe, den Produktionsprozess zu steuern. Nur so bleibt leidlich gesichert,

dass das produziert wird, was in der täglichen Urabstimmung aller Verbraucher sich kraft ihrer Bereitschaft, dafür ihr wertvolles Geld herzugeben, als das erweist, was ihren Bedürfnissen tatsächlich am ehesten entspricht.

Die unbedingt erforderlichen sozialen Korrekturen der aus dem Produktionsprozess zunächst resultierenden Einkommensverteilung aber sollten tunlichst nur die Form direkter Geldübertragungen, also offener Transfers, aufweisen. Soziale Korrekturen sollten nicht dem System der Preise, sondern dem des interpersonellen Finanzausgleichs anvertraut werden. Nur so bleibt das Umverteilungsproblem überschaubar und politisch vertretbar. Nur so erhalten die Begünstigten, also die Kranken, Alten und andere Bedürftige, außer einem höheren Realeinkommen zugleich auch als mündige Bürger die Freiheit, individuell selbst zu entscheiden, wofür sie es verwenden wollen. Nur so bleibt es ihnen erspart, dass Bürokratie entscheidet, was für die Bürger gut sein soll. Nur so werden die Stimmgewichte der Schwächeren in der Abstimmung über die Produktionsstruktur tatsächlich erhöht. Nur so bleibt leidlich gesichert, dass das von den Schwächeren Begehrte, etwa Krankenversorgung und Altersfürsorge, möglichst ungehindert hergestellt und zugänglich gemacht wird.

Wohlgemeintes mit Bumerang-Effekt

Wo auch immer Politiker meinten, Sozialem statt durch

offene „Abgaben“ und offene „Direkt-Beihilfen an die Bedürftigen selbst“, durch Eingriffe in das Preisgefüge oder Produzentensubventionen zum Zuge verhelfen zu können, hat regelmäßig Wohlgemeintes zum Nachteil der Bedachten ausgeschlagen, hatte also das Wohlgemeinte einen Bumerang-Effekt.

Vom Preisstopp zugunsten der Nachfrager bestimmter Güter weiß das heute praktisch jedermann: ein Preisstopp hat bisher immer die Anbieter veranlasst, ihre Ressourcen bis an und über die Grenzen des gesetzlich Erlaubten bevorzugt für anderes einzusetzen, und so den Mangel verschärft und die Lage der Nachfrager verschlechtert.

Die Nachkriegszeit ist voll von sozialen Maßnahmen mit Bumerang-Effekt. Da hat man in der Wohnungsnot der ersten Friedensjahre gemeint, den Mietern und Wohnungssuchenden auf dem Wege helfen zu sollen, dass man die Mieten auf tiefem Niveau behördlich fixiert ließ. Man sieht: punktualistische Symptomtherapie.

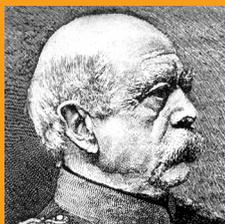
Prompt wurden die räumlich besten Lagen von Nachfragern in Beschlag genommen, denen im Wettbewerb um knappe Räume und Grundstücke die Waffe des höheren Preisgebots nicht aus der Hand gewunden war. Das waren die Nachfrager nach gewerblicher Nutzung. Während von Nahrungs-, Bekleidungs-, Kraftfahrzeugversorgungslücken dank freier Preise seit 1950 nicht mehr die Rede war, wurde die Wohnungslücke dank Symptomtherapie immer gravierender.

Verstöße gegen die klare Funktionsteilung

Dann meinte man, diesem Missstand auf dem Wege abhelfen zu sollen, dass man statt den eigentlich hilfsbedürftigen Mietern den Bauträgern Subventionen zukommen ließ – das erste Modell waren die Preiseingriffe, jetzt kamen die Produzentensubventionen – und ihnen gleichzeitig den Verzicht auf Marktmieten auferlegte. Man reagierte also wieder mit punktualistischer Symptomtherapie. Die Folge: Subventionshyänen auf der einen, lange Reihen wenig verbrauchergerechter Wohnungen auf der anderen Seite. Das war wieder eine prompte Quittung auf den Verstoß gegen die klare Funktionsteilung zwischen dem System der Preise und dem des interpersonellen Finanzausgleichs.

Die Geschichte der Fehlentwicklungen in der Nachkriegswirtschaft ist die Geschichte gravierender Verstöße gegen das fundamentale Zuordnungsprinzip einer wirklich Sozialen Marktwirtschaft: Praktisch alle Fehlentwicklungen beruhen darauf, dass man glaubte, Sozialem statt durch die Fundamental-Korrektur einer entsprechenden Gestaltung des direkten interpersonellen Finanzausgleichs durch punktualistische Eingriffe in das Preisgefüge oder Produzentensubventionen zum Zuge verhelfen zu sollen.

Auszug aus: Wolfgang Stützel, Sicherung der Sozialen Marktwirtschaft durch eine konsequente Ordnungspolitik, in Ludwig-Erhard-Stiftung, Fundamentalkorrektur statt Symptomtherapie. Von der Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart 1978.



Versuch und Irrtum

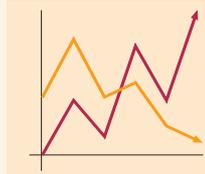
„Alle menschlichen Einrichtungen sind unvollkommen – am allermeisten staatliche.“

Otto von Bismarck

IM KLARTEXT

Oktober 2002

SM Index



Die Soziale Marktwirtschaft im Oktober 2002

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Die Jugendarbeitslosigkeit hat im August 2002 einen neuen Höchststand erreicht. Rund 545 000 junge Erwachsene unter 25 Jahren waren ohne Ar-

Jugendarbeitslosigkeit

jeweils August



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

beit. Trotz staatlicher Hilfen in Milliardenhöhe wie JUMP (s. Im Klartext, August 2002) hat sich die Lage seit 1999 permanent verschlechtert.

Wenn Jugendliche ihr Arbeitsleben mit Arbeitslosigkeit beginnen, prägt das nachhaltig ihr weiteres Berufsleben und ihre Haltung zur Gesell-

schaft, die sie nicht braucht. Auch noch so gut gemeinte Förderprogramme oder Warteschleifen mit Pseudobeschäftigungen vermitteln keine dauerhafte berufliche Perspektive und erzeugen Frust und Resignation.

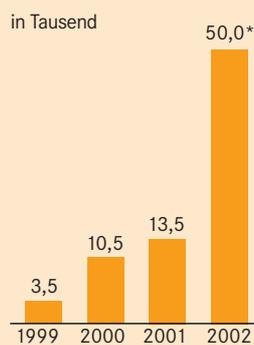
Geldwertstabilität

Rund vier Millionen Bundesbürger in 2,6 Millionen privaten Haushalten sind überschuldet. Arbeitslosigkeit, Scheidung oder chronische Krankheit sind häufig die Ursachen dafür.

Aber von den Betroffenen sind 20 Prozent zwischen 20 und 30 Jahre alt. Kreditkarte, Versandhandel, Dispo-Kredit und das Motto „Lebe jetzt, zahle später“ haben sie in die Schuldenfalle geführt. Rechnungen bleiben unbezahlt. Mahnungen und Verzugszinsen lassen die Schulden wachsen. Einen Weg aus der Falle weist die 1999 in Kraft getretene Verbraucherinsolvenz. Sie kann nach sieben Jahren zur Schuldenbefreiung führen. Die Gläubiger gehen dann leer aus.

Mit der Verbraucherinsolvenz wird das Prinzip von Leis-

Verbraucherinsolvenzen



* geschätzt

Quelle: Stat. Bundesamt/Creditreform

tung und Gegenleistung außer Kraft gesetzt. Der Vertragspartner kann sich nicht darauf verlassen, dass er für gelieferte Ware den vereinbarten Preis erhält. Wirtschaft muss aber weit in die Zukunft planen. Mangelnde Zahlungsmoral schadet einer nachhaltigen Wirtschaft.

Eigenverantwortung

Im Vergleich zu anderen Industrieländern fehlen bis zu 700 000 Unternehmer in Deutschland. Eine gute Gelegenheit, die Selbständigkeit auszuweiten, ergibt sich in den

kommenden Jahren: Jährlich 75 000 Unternehmen mit rund einer Million Beschäftigten werden den Inhaber wechseln müssen, weil die Chefs ins Rentenalter kommen. Im Schnitt schließen derzeit mehr als hundert Betriebe pro Woche, weil sich keine Nachfolger finden.

Bundesweit gab es 2001 rund 3,6 Millionen Selbständige, knapp jeder zehnte Erwerbstätige war damit sein eigener Herr. In den fünfziger und sechziger Jahren lag die Selbständigenquote bei knapp 15 Prozent, seit gut einem Jahrzehnt pendelt die Quote um zehn Prozent.

Selbständigenquote

in Prozent der Erwerbstätigen

| | |
|--------------|------|
| Griechenland | 45,2 |
| Portugal | 29,0 |
| Italien | 28,6 |
| Spanien | 21,5 |
| Irland | 19,2 |
| Belgien | 18,2 |
| Japan | 17,2 |
| Deutschland | 10,0 |
| USA | 7,7 |
| Luxemburg | 6,8 |

Quelle: IWD, Internationale Wirtschaftszahlen 2002

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard